

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

Mehr Sicherheit für unseren ÖPNV

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in den Bussen und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Land Bremen unsicherer und unwohler

Das Problem liegt dabei nicht in der tatsächlichen Verkehrssicherheit, also der Sicherheit vor klassischen Unfällen. Hier schneiden Bus und Bahn seit vielen Jahren deutlich besser ab als der Individualverkehr mit dem Auto. Die Unsicherheiten und das unguete Gefühl der Passagiere resultieren vielmehr aus der Angst vor tätlichen Angriffen und Belästigungen. Hinzu kommen Auswirkungen von sozialen Problemen wie Obdachlosigkeit und Drogenkonsum, deren Ursachen zwar außerhalb des ÖPNV liegen und die gesamtgesellschaftlich gelöst werden müssen, die aber dennoch das Sicherheitsgefühl der Passagiere beeinflussen.

Sicherheit im ÖPNV ist nicht nur ein zentrales Aufgabengebiet von Polizei- und Ordnungsdienst, sondern auch von den beteiligten Verkehrsunternehmen. Das erfordert ein umfassendes Vorgehen unter Einbindung aller Beteiligten. Denn der ÖPNV wird nur dann als sicher wahrgenommen, wenn bei den Nutzerinnen und Nutzern das Gefühl vorhanden ist, dass über den gesamten Fahrweg über die verschiedenen Umsteigepunkte hinweg die Sicherheit gewährleistet ist.

Zudem ist festzustellen, dass es sich bei dieser Angst nicht nur um ein subjektives Unsicherheitsgefühl handelt, denn neben der gefühlten Sicherheit hat auch die tatsächliche Sicherheit im ÖPNV im Land Bremen abgenommen. Beispielsweise gab es schon 2022 mehrere Berichte über einen Anstieg der Gewalttaten in den Fahrzeugen der BSAG. 2023 informierte buten un binnen darüber, dass sich viele Meinungsmelder in Bus und Bahn nicht sicher fühlen. Weiter wurde im Weserkurier im Sommer 2024 über eine Situation berichtet, in der Passagiere der Regionalbahn in einer bedrohlichen Situation den Notrufknopf gedrückt hätten, ihnen aber nicht adäquat weitergeholfen wurde.

Es gilt deshalb, die Sicherheit vor strafbaren Handlungen Dritter im ÖPNV zu erhöhen, um die Menschen – sowohl die Fahrgäste als auch das Personal – vor kritischen Situationen zu schützen und darüber hinaus durch ein entsprechendes Umfeld die Attraktivität des ÖPNV zu steigern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Aufgabenträgern im Land Bremen und koordiniert durch den Senator für Inneres
 - a. darauf hinzuwirken, dass der Einsatz von Sicherheitspersonal bei den Verkehrsbetrieben erhöht wird.
 - b. zu prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsunternehmen und der Polizei gestärkt werden kann.

- c. mehr Notrufsäulen zu errichten sowie direkte Anbindung an den Notruf der Polizei sicherzustellen.
 - d. eine ausreichende Ausleuchtung an sämtlichen Haltestellen sicherzustellen.
 - e. die Anstrengungen zur zeitnahen Entfernung von Graffiti und Verschmutzungen an den Haltestellen zu intensivieren. regelmäßig zu ermitteln, welche Umfelder von Haltestellen als sogenannter „Angstraum“ gelten und zu prüfen, mit welchen ergänzenden Maßnahmen (wie z.B. durch erhöhte Bestreifung) hier für ein besseres Sicherheitsempfinden gesorgt werden kann.
 - f. zukünftig den Sicherheitsaspekt mit all seinen Facetten in der Planung von Anlagen oder der Sanierung von Bestandsanlagen zu berücksichtigen und dabei insbesondere die Aspekte Beleuchtung, Sauberkeit, Graffitienschutz mit einzubeziehen.
 - g. zu prüfen, durch welche weiteren Maßnahmen, wie beispielsweise geschlossene Fahrerkabinen, der Schutz des Personals im ÖPNV erhöht werden kann.
2. den ÖPNV als Erfassungsmerkmal in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Landes aufzunehmen, damit Straftaten im Bereich des ÖPNV auch explizit ausgewertet werden können.
 3. unter Einbindung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu prüfen, inwieweit eine weitere Optimierung der Videoüberwachung im ÖPNV möglich ist, zum Beispiel hinsichtlich einer Verlängerung der Speicherfristen.
 4. für eine erhöhte Präsenz der Polizei an Kriminalitätshotspots im Umfeld von Haltestellen und Bahnhöfen zu sorgen.
 5. der staatlichen Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie der staatlichen Deputation für Inneres innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung und im Anschluss regelmäßig zu berichten.

Beschlussempfehlung:

Dr. Marcel Schröder, Fynn Voigt, Thore Schäck und FDP-Fraktion